

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Entscheidend ist die Aufgabenteilung zwischen Land und Gemeinden

Der Landtag verabschiedete gestern vormittag die Änderung des Gesetzes über die ungebundenen Finanzzuweisungen an die Gemeinden

(G.M.) – Auf Antrag der FBP-Fraktion nahm der Landtag gestern vormittag die Vorlagen über die Änderung des Finanzausgleichs sowie über die Schaffung eines Subventionsgesetzes in der Detailberatung gemeinsam in Angriff. Bereits in der Vormittagsitzung konnte die Änderung des Finanzausgleichs nach kurzer Beratung verabschiedet werden, während sich der Landtag noch vor der Mittagspause mit dem neuen Subventionsgesetz beschäftigte, die Fortsetzung der Beratung jedoch nach der nicht-öffentlichen Sitzung auf den Nachmittag verlegen musste. Die Änderung des Finanzausgleichs wurde nur mehrheitlich beschlossen, da sich einige Abgeordnete der Stimme enthielten.

Vor der Detailberatung der Finanzausgleichsvorlage setzte sich FBP-Fraktions-sprecher Dr. Alois Ospelt nochmals eingehend mit den beiden Vorlagen über die ungebundenen und zweckgebundenen Finanzzuweisungen des Staates an die Gemeinden auseinander. Nach seiner Auffassung wird der Freiraum der Gemeinden, in ihrem Wirkungsbereich möglichst autonom tätig sein zu können, zunehmend geringer. Erfolgreich forderte er, wie

bereits während der Eintretensdebatte zu beiden Gesetzesvorlagen, eine Verstärkung der Gemeindeautonomie und sprach sich für eine grundlegende Reform dieser Finanzinstrumentarien aus, anstatt sich immer mit kleinen Änderungen zu begnügen.

Vorbehalte gegen neue Änderungsstufen

Die Regierung hatte aufgrund der zahlreichen Vorschläge und Änderungswünsche während der Eintretensdebatte und im Verlaufe der ersten Lesung einen Zusatzbericht unterbreitet und teilweise auch Änderungen gegenüber der ursprünglichen Regierungsvorlage vorgenommen. Dennoch stand das geänderte Stufensystem für den Finanzausgleich nochmals im Kreuzfeuer der Kritik. Insbesondere der FBP-Abgeordnete Otmar Hasler wandte sich gegen die zu starke Bevorzugung der Berggemeinden, die offensichtlich teilweise in der Lage seien, Reserven anzulegen, während einwohnerschwächere Talgemeinden zuwenig Finanzen zur Verfügung hätten. Auf seinen Vorschlag, die fünfte Ausgleichsstufe neutral zu halten und nicht nur den Berggemeinden vorzubehalten, stiess aller-

dings nicht auf mehrheitliche Zustimmung. Dabei präziserte er im Verlaufe der Diskussion, dass er nicht gegen die Berggemeinden eingestellt sei, doch die Finanzlage und den Finanzbedarf auch der kleineren Talgemeinden mitberücksichtige.

Alles- oder Nichts-Artikel

Differenziert äusserte sich der FBP-Abgeordnete Georg Schierscher zum Vorschlag der Regierung, Gemeinden mit einem reduzierten Gemeindesteuersatz vom Finanzausgleich auszuschließen. Die Grenze von derzeit 200 Prozent beim Gemeindesteuersatz offenbart nach Auffassung von Georg Schierscher eine «Alles- oder Nichts-Haltung», was bedeutet, dass Gemeinden mit reduziertem Steuerfuss einfach ausgeschlossen sind. Er machte in diesem Zusammenhang den Vorschlag, auch die umgekehrte Seite zu berücksichtigen, wenn eine Gemeinde einen höheren Steuerzuschlag verlange. Diese Ansicht passte freilich Regierungschef Hans Brunhart nicht in das Gesamtkonzept, weil dann die Versuchung der Gemeinden zunehme, einerseits mehr Gemeindesteuern zu verlangen, um an-

derseits noch mehr Finanzausgleich zu erhalten. Im übrigen meinte der Regierungschef, die Gemeinde Schaan sei selbst in der Lage, ihren Steuersatz festzulegen.

Neues Subventionsgesetz

Vor der Detailberatung des Subventionsgesetzes erklärte der FBP-Abgeordnete Otmar Hasler, seine Bedenken gegenüber der Vorlage seien geblieben, auch wenn die Regierung einen Zusatzbericht vorgelegt habe. Nach seiner Ansicht muss das Subventionsgesetz im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich gesehen werden: «Werden Subventionen in bestimmten Bereichen gekürzt oder gestrichen, so ist darauf zu achten, den Gemeinden entsprechende Geldmittel über den Finanzausgleich zur Verfügung zu stellen.» Grundsätzlich machte er auch darauf aufmerksam, dass mit dem vorliegenden Subventionsgesetz und der Abänderung des Finanzausgleichs eine «Chance der Neuordnung staatlicher und kommunaler Aufgaben vertan» worden sei. Über die weitere Beratung des Subventionsgesetzes werden wir in unserer morgigen Ausgabe berichten.

Landtagssitzung im Überblick

Gestern vormittag um 9 Uhr begann der Landtag seine letzte Sitzung vor der Sommerpause. Bevor mit der eigentlichen Geschäfts-sitzung begonnen werden konnte, hatte der Landtag eine Reihe von Fragen aus den eigenen Reihen zu erledigen.

● VU-Fraktions-sprecher Reinhard Walser verlangte die Rückstellung des Traktandums mit der Genehmigung des Jahresberichtes der Gasversorgung. Mit den 13 VU-Stimmen wurde dieser Tagesordnungspunkt gestrichen. Walser hatte argumentiert, dass ein im letzten Jahr versprochener Bericht über die Situation der Gasversorgung noch nicht vorliege. Die Regierung sollte nach seinem Antrag besorgt sein, dass dieser Zusatzbericht zum Jahresbericht bis zum Herbst vorliege.

● Der FBP-Abgeordnete Georg Schierscher wies sodann auf die Initiative gegen die Einführung der 5-Tage-Woche an den Schulen hin und verlangte, dass dieses Geschäft auf die Tagesordnung gesetzt werde. Nach verschiedenen Meinungs-äusserungen sprachen sich 20 Abgeordnete dafür aus, das Initiativbegehren, das mit grosser Wahrscheinlichkeit eine Volksabstimmung nach sich zieht, am Schluss der Landtagssitzung in Behandlung zu ziehen.

● Die FBP-Fraktion reichte eine Interpellation zum Thema «Pilotprojekt Balzers» im Zusammenhang mit der Wohnbauförderung ein. Der FBP-Abgeordnete Dr. Ernst Walch erläuterte die Absicht der Interpellation, möglichst rasch von der Regierung Auskunft über dieses Projekt zu erhalten und ersuchte den Landtag um Zustimmung zur Überweisung an die Regierung. Auf sein intensives Bemühen sicherte Regierungschef Hans Brunhart zu, dass die Regierung bis zum Herbst einen Bericht auf die vorgelegten Fragen unterbreiten werde. (Den Text der Interpellation veröffentlichen wir im Innern der heutigen Ausgabe.)

● Das Fehlen des Protokolls der letzten Landtagssitzung veranlasste FBP-Fraktions-sprecher Dr. Alois Ospelt zu einer Intervention mit der Aufforderung an den Landtagspräsidenten, möglichst rasch Abhilfe zu schaffen, damit dieses Arbeitsinstrument dem Landtag künftig vorliegen werde.

(Auch hierzu veröffentlichen wir die Stellungnahme des FBP-Fraktions-sprechers im Innern der heutigen Ausgabe.)

● Die Vorlage über den Finanzausgleich wurde vom Landtag mehrheitlich verabschiedet. Der Entwurf der Regierung, der nochmals durch einen Zusatzbericht mit Änderungsanträgen ergänzt worden war, wurde praktisch unverändert übernommen.

● Kurz vor der Mittagspause nahm der Landtag noch die Vorlage über die Schaffung eines Subventionsgesetzes in Angriff.

LGU-Umwelt-Bericht mit Thema «Bäche»

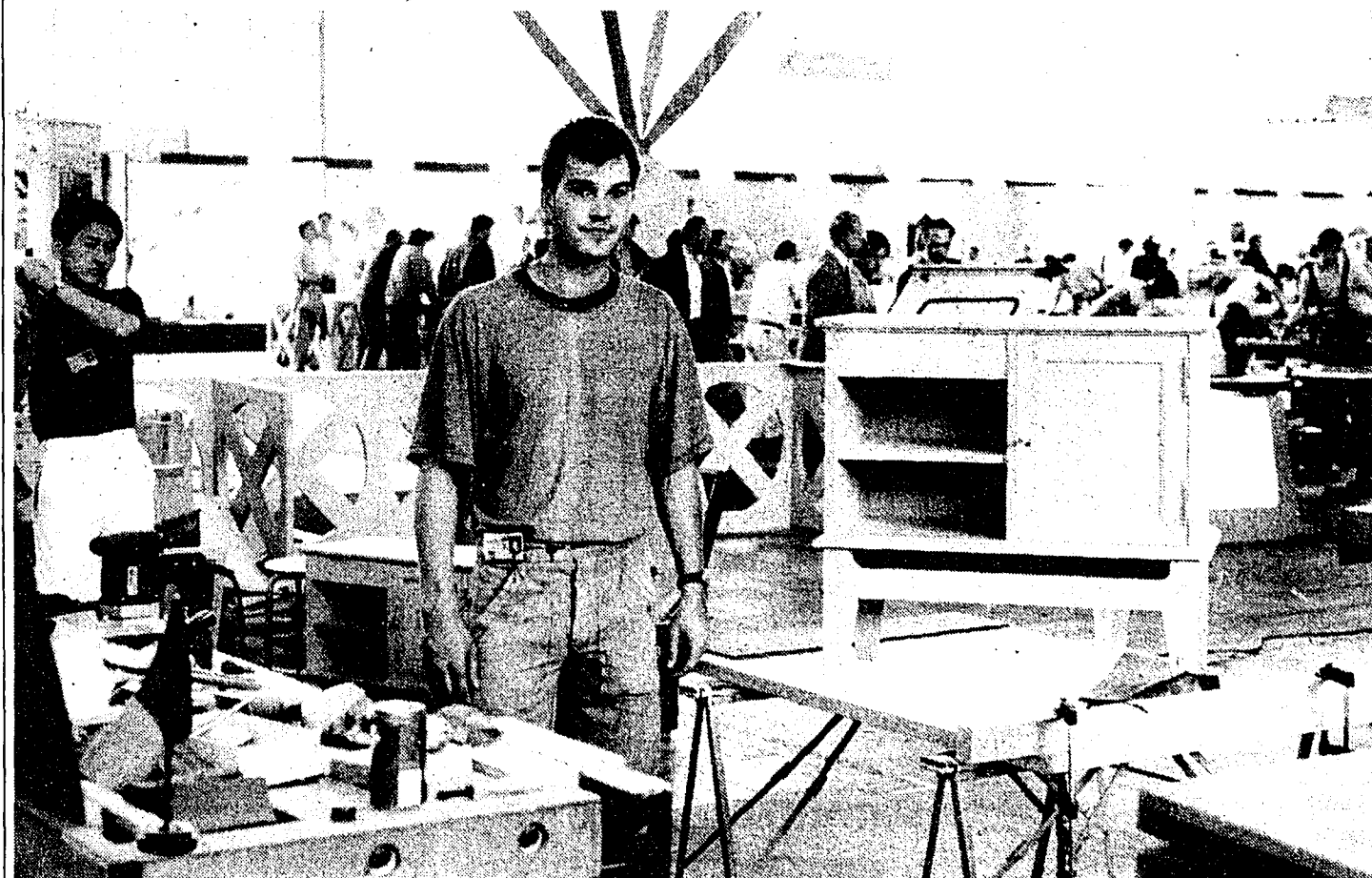
Der neueste Umwelt-Bericht der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) ist dem Thema «Lebensraum Bach» gewidmet. Eine Reihe von Fachleuten hat sich dieser Thematik in einzelnen Beiträgen angenommen, wodurch ein interessanter Querschnitt durch die Problematik des Gewässerschutzes entstanden ist.

Vom Gewässersystem im Wandel der Zeit über Gefährdung verschiedener Fisch- und Krebsarten und den Schutz von Naturwerten im Gewässerhaushalt bis zur Wasserqualität in den liechtensteinischen Fließgewässern reichen die Fachbeiträge, die durch Bilder und Tabellen aufgelockert und angereichert sind.

LGU-Präsident Dr. Peter Goop weist in seinen einleitenden Worten zum neuesten Umwelt-Bericht hin, dass die heute bestehenden Begrädnungen, Kanalisierungen, Verrohrungen und Entwässerungen der Ausdruck eines früheren Zeitgeistes sind und gleichzeitig «den wachsenden Bevölkerungsdruck und die Intensivierung unserer Landwirtschaft» reflektieren. Mit dem Umwelt-Bericht möchte die LGU den Wert naturnaher Bachsysteme vorstellen und Verständnis wecken für eventuelle Projekte in den Gemeinden zur Renaturierung von Gewässern. Der LGU-Präsident ruft zur Schonung und zum Schutz des Wassers auf: «Das Wasser ist heute zu einem gefährdeten Element hinsichtlich seiner Qualität und hinsichtlich seiner positiven Auswirkungen für den umgebenden Lebensraum geworden.»

IBW: Das Bangen um die Auswertung hat begonnen

Auswertung der Arbeiten dauert noch bis heute abend – Morgen grosse Schlussfeier



Für unsere neun jungen Leute, die sich an den diesjährigen Internationalen Berufswettbewerben von Samstag bis Dienstag in Amsterdam abrackerten, hat das Bangen begonnen. Gleich nach Beendigung der Wettbewerbe begannen die internationalen Expertenteams mit der Bewertung der Arbeiten, die erst heute abend abgeschlossen sein wird. Die offizielle Schlussfeier ist auf morgen abend angesetzt, bis dahin muss sich unser Team noch gedulden. Unser Bild zeigt den Möbelschreiner Harald Müller mit seinem soeben fertiggestellten Möbelstück am Dienstagnachmittag. Letzte Bildimpressionen über die IBW auf Seite 5.

Regierung fordert Gewalt-Verzicht

Erklärung der Regierung zur Situation in Jugoslawien

(pafi) – Die liechtensteinische Regierung hat in ihrer Sitzung vom 2. Juli 1991 folgende Erklärung zur Situation in Jugoslawien verabschiedet.

«Die Regierung des Fürstentums Liechtenstein nimmt mit Bestürzung zur Kenntnis, dass sich die Lage in Jugoslawien in den letzten Tagen durch den Einsatz militärischer Mittel dramatisch verschlechtert hat. Eine beträchtliche Zahl von Menschen hat ihr Leben verloren. Im Sinne der Verbundenheit mit diesen Menschen fordert die Fürstliche Regierung, dass in ganz Jugoslawien auf die Mittel von Gewalt zur Lösung von Konflikten verzichtet wird.

Die von Slowenien und Kroatien getroffenen Entscheidungen erfolgten aufgrund des demokratisch zum Ausdruck gebrachten Willens der jeweiligen Bevöl-

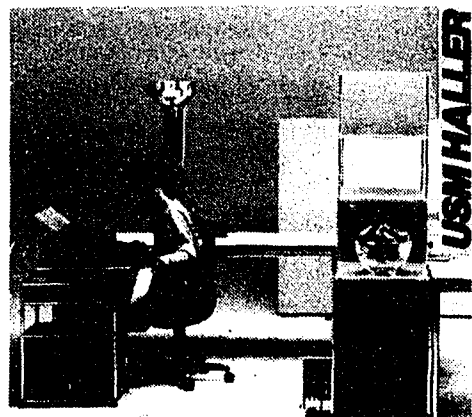
kerung. Die Regierung geht davon aus, dass es in der Verantwortung der Völker Jugoslawiens liegt, ihren Beziehungen eine neue Form geben zu wollen. Dies muss im Geiste der Weitsicht, der Versöhnung und der Kompromissbereitschaft geschehen, in Übereinstimmung mit den Prinzipien der KSZE-Schlussakte von Helsinki und mit den Regeln der Pariser Charta der KSZE, wonach das Selbstbestimmungsrecht, die Unverletzlichkeit der Grenzen, die Menschenrechte und die Grundsätze der pluralistischen Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit zu achten sind.

Die Regierung wird diese Haltung auch in jenen internationalen Gremien, in welchen sie mitarbeitet, vertreten, insbesondere bei der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.»

EG-Beitritt kommt für Grüne nicht in Frage

Bern (AP) Ein Beitritt der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft (EG) kommt für die Grüne Partei der Schweiz (GPS) nicht in Frage. Ihre Stellungnahme zum geplanten Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) will die Partei erst verfassen, wenn das Vertragswerk bekannt ist. Wie Nationalrat Laurent Rebaud (GE) am Mittwoch betonte, werde die Partei gegen das Abkommen kämpfen, wenn der Bundesrat Zugeständnisse bei der 28-Tonnen-Limite mache.

Die Grünen seien für einen europäischen Lebens- und Umweltraum und nicht für eine Gemeinschaft, die das wirtschaftliche Wachstum zum Ziel habe, meinte Rebaud an einer Pressekonferenz, an der die GPS Bilanz über die vergangene Legislaturperiode zog.



Die Zukunft planen, ohne sie zu verbauen.

THONY
office
FL-9494 Schaan
Bohnholzstrasse 10
Tel. 075-2 44 22

Sparen lohnt sich!

5 bis
5 1/2 %
auf Sparguthaben

VERVALTUNGS- UND PRIVATBANK AKTIENGESELLSCHAFT
Im Zentrum · Postfach 885 · FL-9490 Vaduz · Tel. 075/66 66